



122. Deutscher Ärztetag

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

Münster, 28. bis 31. Mai 2019



122. Deutscher Ärztetag 2019

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

Münster, 28. bis 31. Mai 2019

Impressum

Copyright

© Bundesärztekammer 2020

Stand: 25.06.2020

Herausgeber

Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern),
Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin

Titelgrafik

André Meinardus, Deutscher Ärzteverlag, Köln

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.



Inhaltsverzeichnis

TOP Ia	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik – Aussprache zum Leitantrag	11
Ia - 01	Mit Maß und Mitte statt direktiv und dirigistisch	11
TOP Ib	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik – Allgemeine Aussprache	12
Ib - 01	Ordnungsrahmen für ein digitales Gesundheitswesen - Privatheit der Patienten bewahren	12
Ib - 02	Ärztliche Prävention bei der Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes stärken	12
Ib - 03	Korrekturen an dem Gesetzentwurf zur Reform der Ausbildung der Psychologischen Psychotherapeuten weiterhin erforderlich	12
Ib - 04	Medizinischer Einsatz von Cannabis-Arzneien und -Blüten auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage	12
Ib - 05	Beruf der Medizinischen Fachangestellten stärken und aufwerten	12
Ib - 06	Durchimpfungsrate der Bevölkerung durch ärztliche Impfkompetenz wirksam erhöhen	12
Ib - 07	Keine automatische Substitution von Biosimilars	13
Ib - 08	Qualitätssicherung – gut gemeint ist noch nicht gut gemacht	13
Ib - 09	Missbrauch der Lockerung des Fernbehandlungsverbots	13
Ib - 10	Bundeseinheitliche Umsetzung der Lockerung des Fernbehandlungsverbots	13
Ib - 11	Mehr geförderte Weiterbildungsstellen für die ambulante fachärztliche Weiterbildung	13
Ib - 12	Zeitnahe Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung	13
Ib - 13	Förderung von Kindergesundheit - Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!	13
Ib - 15	Zahl der Medizinstudienplätze weiter erhöhen	14
Ib - 16	Im Gesundheitswesen Tätige impfen	14
Ib - 17	Impfstoffversorgung sicherstellen	14
Ib - 18	Pränataltest auf Trisomie 21, 13, 18 mit Beratung als Kassenleistung	14
Ib - 19	Bundesweit einheitliche Prüfung für ausländische Ärzte aus Drittstaaten analog zum dritten deutschen Staatsexamen	14
Ib - 20	Etablierung eines bundesweiten Registers von Ärzten mit nichtbestandenen Kenntnisprüfungen	14
Ib - 21	Mehr Zeit für Patienten durch digitale Transformation	14
Ib - 22	Schwerpunktthema des nächsten Deutschen Ärztetages: Klimawandel und Gesundheit	15
Ib - 24	Verantwortungsvoller Einsatz von Ressourcen im Gesundheitswesen	15
Ib - 25	Umgang mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit	15
Ib - 26	Klimawandel und Gesundheit in Aus- und Weiterbildung	15
Ib - 28	Digitalisierung in der Lehre stärken	15
Ib - 29	Medizinstudierende auf digitale Herausforderungen vorbereiten	16

Ib - 30	Kammerzugehörigkeit - Kontinuität zwischen Weiterbildung und Facharztprüfung	16
Ib - 31	Chance für bundeseinheitliche Weiterbildungsordnung nutzen	16
Ib - 32	Zunehmende Ausbildung konzernartiger Strukturen in der medizinischen Versorgung schränkt die freie Arztwahl durch den Patienten sowie die Freiheit ärztlicher Berufsausübung und ärztlicher Entscheidungen ein	16
Ib - 33	Medizin vor Ökonomie - Ärzte-Kodex als Wegweiser ärztlichen Handelns - Patienten sind keine Kunden!	16
Ib - 35	Keine Kostenbelastungen durch verpflichtende Weiterbildungskurse	16
Ib - 36	Keine Anerkennung des nichtärztlichen Berufsbildes Genetic Counsellor	17
Ib - 37	Beseitigung der Impfhindernisse - Optimierung der Durchimpfung der Bevölkerung	17
Ib - 38	Harmonisierung der Qualifikationswege akademischer Heilberufe gefährdet Patientensicherheit	17
Ib - 39	Bekräftigung: Autonome Gestaltung der (Muster-)Weiterbildungsordnung	17
Ib - 40	Lohnerhöhungen beim Praxispersonal angemessen in der morbiditätsorientierten Gesamtvergütung berücksichtigen	17
Ib - 41	Etablierte ärztliche Bezeichnungen dürfen nicht für andere Berufe verwendet werden	17
Ib - 42	Medikation und Feststellung von Arbeitsunfähigkeit sind grundlegende ärztliche Zuständigkeiten	17
Ib - 43	Keine parallelen Versorgungssysteme durch Akademisierung nichtärztlicher Heilberufe	17
Ib - 44	Wiederaufnahme einer zwölfmonatigen Weiterbildungszeit für die Zusatzbezeichnung Allergologie	18
Ib - 46	Originäre ärztliche Kompetenz bei der Patientensteuerung erhalten	18
Ib - 47	Keine Substitution ärztlicher Leistungen (hier: durch Hebammen)	18
Ib - 48	Ärztliche Unabhängigkeit im Interesse der Patienten erhalten - Übernahme der ambulanten Versorgung durch Fremdinvestoren verhindern	18
Ib - 49	Antibiotikaproduktion sicherstellen	18
Ib - 50	Elektronischer Versand der Abgeordnetenunterlagen	18
Ib - 55	DMP-Programmkostenpauschale	18
Ib - 56	Telematikinfrastruktur - keine Sanktionierung für Installationsverzögerungen	19
Ib - 57	Berufsbezeichnung Psychotherapeut	19
Ib - 58	(Muster-)Weiterbildungsordnung - Streichung des Glossars für die P-Fächer	19
Ib - 60	Verpflichtende didaktische Fortbildungen für Weiterbildende	19
Ib - 61	Bedeutung der Digitalisierung für das Medizinstudium der Zukunft	19
Ib - 63	Sicherstellungsauftrag für eine ordnungsgemäße Medikamentenversorgung vergeben	19
Ib - 64	Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses Ic - 116 des 121. Deutschen Ärztetages 2018	20
Ib - 65	Medizinische Fach- und Sachkompetenz als Grundlage von Entscheidungen zu Regelleistungen im deutschen Gesundheitssystem	20

Ib - 66	Keine weitere Arbeitsverdichtung für Ärztinnen und Ärzte an Universitätsklinika durch den Masterplan Medizinstudium 2020	20
Ib - 67	Obligatorische Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr	20
Ib - 68	Konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur besseren Patientenversorgung - Neudeutsch: PVVV (Patienten-Versorgungs-Verbesserungs-Vorschlag)	20
Ib - 69	Ärzte sprechen mit einer Stimme zur Reform der Aus- und Weiterbildung der psychologischen Psychotherapeuten	20
Ib - 70	Rauchverbot in Autos mit Minderjährigen als Mitfahrer	20
Ib - 71	Dolmetscher für die ärztliche Versorgung finanzieren und ausbilden	21
Ib - 72	Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Nutri-Score-System	21
Ib - 73	Substitution in Justizvollzugsanstalten	21
Ib - 74	Garantierung der ärztlichen Schweigepflicht - Anonyme Behandlung	21
Ib - 75	Wiedereinstieg strukturieren	21
Ib - 76	Verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten	21
Ib - 77	Prävention - Förderung der Bewegung in jedem Lebensalter	21
Ib - 78	Zusatz-Weiterbildung Mammographie für Frauenärzte ermöglichen	22
Ib - 80	Beschlussfassung gegen die politische Verurteilung türkischer Ärztfunktionäre	22
Ib - 81	Sexuelle Belästigung im Gesundheitswesen verhindern	22
Ib - 82	(Muster-)Weiterbildungsordnung - Ambulante Weiterbildung Innere Medizin klarstellen	22
Ib - 83	Impfungen für Auszubildende und Studierende der Heilberufe	22
Ib - 84	Konkrete Maßnahmen gegen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen gesetzlich verankern	22
Ib - 85	Mindestpersonalstärke auf allen peripheren Stationen von Akutkrankenhäusern	23
Ib - 86	Förderung der substitutionsgestützten Suchttherapie für Drogenabhängige	23
Ib - 87	Förderung der telemedizinischen Versorgung von Suchtkranken in Haft	23
Ib - 89	Überarbeitung und Flexibilisierung des bundeseinheitlichen Medikationsplans zur Schaffung eines sektorübergreifenden Standards	23
Ib - 90	Masern - Impfpflicht einführen	23
Ib - 91	Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen	23
Ib - 92	Ethische Bewertung von Innovationen im Bereich der digitalen Versorgung	24
Ib - 93	Interprofessionelle Ausbildungsstationen und -praxen im Praktischen Jahr	24
Ib - 94	MTA-Ausbildung modernisieren	24
Ib - 95	MTRA- und MTLA-Ausbildungsplätze schaffen	24
Ib - 96	Substitution und antivirale Therapie bei Inhaftierten	24
Ib - 97	Kooptierung junger Ärzte	24
Ib - 98	Deutscher Ärzteverlag	25
Ib - 100	Ärztliche Ethik gilt auch für ärztliches Handeln im Auftrag von Behörden	25
Ib - 101	Gesundheitliche Gefährdung durch die Zwischenlagerung von Atommüll	25

Ib - 102	Einheitliches Formular zur Abfrage von Interessenkonflikten einführen	25
Ib - 103	Verbesserung der gesundheitlichen Situation drogenabhängiger Menschen	25
Ib - 104	Verpflichtende Transparenz von Interessenkonflikten in der (Muster-) Berufsordnung festschreiben	25
Ib - 105	Gesundheitliche Gefährdung Hunderttausender durch grenznahe Atomkraftwerke in der Schweiz und Frankreich	26
Ib - 106	Mehr Öffentlichkeit für die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise	26
Ib - 107	Prüfung der Gefahren vor dem flächendeckenden Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes	26
Ib - 108	Die Gesundheit der Bevölkerung verlangt ein entschiedenes Eintreten für den Klimaschutz	26
Ib - 109	Freiheit der ärztlichen Berufsausübung, Schutz vor staatlicher Verfolgung	26
Ib - 110	Telematikinfrastruktur - kein Zwang zur Anbindung	26
Ib - 111	Das Fortschreiten staatsmedizinischer Regulierungen und Eingriffe muss gestoppt werden	26
Ib - 112	Bewahrung von Patientenrechten und Schweigepflicht	27
Ib - 114	Zur Verbesserung der ambulanten Versorgung zusätzliche Arztstellen in der Bedarfsplanung mit zusätzlichen Mitteln fair finanzieren	27
Ib - 115	Honorierung der Leichenschau	27
Ib - 117	Künstliche Intelligenz - Auswirkungen auf die Patientenversorgung	27
Ib - 118	Die Umsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung darf die Patientenversorgung nicht gefährden	27
Ib - 119	Reform des Gemeinsamen Bundesausschusses ist notwendig	27
Ib - 120	Sozialmedizinischer Dienst der Knappschaft-Bahn-See nicht in die Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen integrieren	27
Ib - 121	Einbindung von Fachdisziplinen in die Notfallversorgung	28
Ib - 122	Änderung der (Muster-)Berufsordnung	28
Ib - 123	Nachhaltiges Investment der Ärztekammern und ärztlichen Versorgungswerke	28
Ib - 124	Neuverständnis von Management und Führung im Gesundheitswesen	28
Ib - 126	Stärkerer Schutz des Arztes als Berufsheimnisträger	28
Ib - 128	Sanktionen verhindern Akzeptanz der Telematikinfrastruktur	28
Ib - 129	Sicherheit und Datenschutz bei der Telematikinfrastruktur-Anbindung von Arztpraxen und mobilen Endgeräten der Versicherten	29
Ib - 130	Digitalisierung als Schwerpunktthema der Ärztekammern	29
Ib - 131	Prozess der Entwicklung und Einführung digitaler Anwendungen	29
Ib - 132	Schutzzonen vor Beratungsstellen	30
Ib - 134	Chancen der Fernbehandlung für eine moderne Notfallversorgung nutzen	30
Ib - 135	Unterstützung der Patientinnen und Patienten bei der Koordination von Diagnostik und Behandlung - Rolle des Hausarztes stärken	30
Ib - 136	Stufenweise Einführung der elektronischen Patientenakte	30
Ib - 137	Keine "Sozialdetektive" für Versicherungsleistungen bei Invalidität und Berufsunfähigkeit wie in der Schweiz	30
Ib - 138	Übernahme des Deutschen Ärzteverlags durch die Bundesärztekammer	31

Ib - 139	Gütesiegel der Bundesärztekammer für Apps schaffen	31
Ib - 140	Zugrundeliegende Kriterien der Besetzung einer Vorschlagsliste von fünf durch den Deutschen Ärztetag zu wählenden Mitgliedern der Deutschen Akademie der Gebietsärzte	31
Ib - 142	Evaluation der Weiterbildung	31
Ib - 143	Die Ärztekammern gehören in die Verwaltungsräte der Medizinischen Dienste	31
Ib - 144	Einrichtung einer Ständigen Konferenz "Junge Kammer"	32
Ib - 145	Mehr Medizinstudienplätze, aber keine Verlagerung der medizinischen Ausbildung auf Bildungsträger außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland	32
Ib - 146	Verbreitung des Genfer Gelöbnisses in der Ärzteschaft und darüber hinaus	32
Ib - 147	(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Stärkung der Ärztlichen Psychotherapie durch Harmonisierung der Glossare für die P-Gebiete und P-Zusatz-Weiterbildungen	32
Ib - 148	Bericht über die Entwicklung von Richtlinien für angemessene Personalschlüssel im ärztlichen Dienst	32
TOP II	Wenn die Arbeit Ärzte krank macht	33
II - 01	Gute Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte! Herausforderungen und Lösungsansätze	33
II - 02	Gewalt gegen Hilfeleistende verhindern	33
II - 03	Präventionskultur an Kliniken stärken	33
II - 04	Ärztegesundheit erhalten - Arbeitsrecht beachten	33
II - 05	Resilienz als Thema in der medizinischen Ausbildung	33
II - 06	Interventionsprogramme für suchtkranke Ärztinnen und Ärzte weiterentwickeln	33
II - 07	DRG-System gefährdet die Gesundheit von Beschäftigten sowie Patientinnen und Patienten	33
II - 08	Das ärztliche Gelöbnis ernst nehmen - gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen eintreten	34
II - 09	Arbeitszeitgesetz in deutschen Krankenhäusern zur Geltung bringen	34
II - 10	Gesund führen	34
II - 11	Ärztinnen und Ärzte und Sucht	34
II - 13	Niederschwellige Trauma-Hilfsangebote als Regel	34
II - 14	Personalmangel führt zu Überlastung	34
II - 15	Lebensphasengerechtes Arbeiten	34
II - 16	Selbstfürsorge - Kranke Ärztinnen und Ärzte sollen nicht arbeiten gehen	35
II - 17	Krankmachende Überforderung vermeiden	35
II - 18	Prävention chronischer Krankheiten in der Ärzteschaft	35
II - 19	Erschöpfung als Arbeitsunfähigkeit anerkennen	35
II - 20	Vereinbarkeit bedeutet mehr als Kinderbetreuung	35
II - 21	Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen bei der Digitalisierung in Krankenhäusern	35
II - 22	Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen bei der Digitalisierung im ambulanten Bereich	35

II - 23	Konsequente Einarbeitung und wertschätzende, offene Kommunikation als Elemente des gesunden Führens an den Kliniken	36
II - 25	Gesund führen und ärztliches Gesundheitsmanagement	36
II - 26	Kompetenz in Psychosomatik verbessert die Selbstfürsorge und Resilienz	36
II - 27	Überbordende Bürokratie gefährdet Arztgesundheit	36
II - 29	Manipulationsfreie Arbeitszeitdokumentation	36
II - 31	Ausweitungen der Grenzen des Arbeitszeitgesetzes wie die Opt-out-Regelung sind abzulehnen, weil sie die Gesundheit von Ärztinnen und Ärzten gefährden	36
II - 32	Übernahme der Kosten für Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlung durch private Krankenkassen und Rentenversicherung	37
II - 33	Förderung der Arbeitskultur in der medizinischen Versorgung	37
II - 34	Förderung durch Fortbildung	37
TOP III	Dokumentation der Weiterbildung im elektronischen Logbuch	38
III - 01	Inbetriebnahme der eLogbuch-Webanwendung	38
III - 02	eLogbuch nutzerfreundlich und transparent gestalten - Evaluation vereinfachen	38
III - 03	App-Unterstützung im elektronischen Logbuch implementieren	38
III - 04	Anforderungen an die eLogbuch-Webanwendung	39
III - 05	Plausibilitätsprüfungen im eLogbuch optimieren	39
III - 06	Schnittstelle für die Datenportabilität für die eLogbuch-Webanwendung erforderlich	39
III - 06a	Änderungsantrag zu III - 06	39
III - 08	Regionale Besonderheiten zulassen	39
III - 09	Evaluation	40
TOP IV	Prozessoptimierung der Satzung der Bundesärztekammer und Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage	41
IV - 02	Änderung der Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage in der vom 116. Deutschen Ärztetag 2013 beschlossenen Fassung	41
IV - 03	Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 5 Abs. 6)	41
IV - 04	Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 1)	41
IV - 05	Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 5)	41
IV - 06	Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 3)	41
IV - 07	Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Ärztetages (§ 7 Abs. 1)	41
IV - 08	Änderung des Vorschlages zur Neufassung der Geschäftsordnung, hier: Tagesordnung	41
IV - 09	Satzungsänderung Quorum für außerordentlichen Ärztetag	42
IV - 10	Satzung - Frist für einen Antrag auf Abberufung	42

IV - 11	Weiterentwicklung der Satzung der Bundesärztekammer und der Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage	42
IV - 12	Struktur des Deutschen Ärztetages	42



**TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik –
Aussprache zum Leitantrag**

Mit Maß und Mitte statt direktiv und dirigistisch

(Drucksache Ia - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*



**TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik –
Allgemeine Aussprache**

Ordnungsrahmen für ein digitales Gesundheitswesen - Privatheit der Patienten bewahren (Drucksache Ib - 01)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschafter der gematik, die gematik, die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik), den Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg), den Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die gematik, die BLAG Telematik, den bvitg, den BVDW, den VZBV, das BfArM und den BfDI am 10.07.2019.

Ärztliche Prävention bei der Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes stärken (Drucksache Ib - 02)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Korrekturen an dem Gesetzentwurf zur Reform der Ausbildung der Psychologischen Psychotherapeuten weiterhin erforderlich

(Drucksache Ib - 03)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Medizinischer Einsatz von Cannabis-Arzneien und -Blüten auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage

(Drucksache Ib - 04)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG am 17.09.2019.

Beruf der Medizinischen Fachangestellten stärken und aufwerten

(Drucksache Ib - 05)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Durchimpfungsrate der Bevölkerung durch ärztliche Impfkompetenz wirksam erhöhen (Drucksache Ib - 06)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Keine automatische Substitution von Biosimilars

(Drucksache Ib - 07) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Qualitätssicherung – gut gemeint ist noch nicht gut gemacht

(Drucksache Ib - 08) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Krankenhausgremien und den Qualitätssicherungsgremien.

Ergebnis: *Der Antrag wurde in den zuständigen Qualitätssicherungsgremien zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Herausforderungen von Personalvorgaben und insbesondere die Konsequenzen vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels wurden in der Arbeitsgruppe "Personalvorgaben für Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus" beraten und werden dort in der weiteren Arbeit berücksichtigt.*

Missbrauch der Lockerung des Fernbehandlungsverbots

(Drucksache Ib - 09) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Berufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte".

Ergebnis: *Der Ausschuss wird das Anliegen des Beschlusses bei seinen weiteren Beratungen sowie bei der Weiterentwicklung der Hinweise und Erläuterungen zur Fernbehandlung der Bundesärztekammer berücksichtigen.*

Bundeseinheitliche Umsetzung der Lockerung des Fernbehandlungsverbots

(Drucksache Ib - 10) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Rahmen des zweiten Arbeitsabschnitts der AG "Fernbehandlung".

Ergebnis: *Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem Beschluss befasst und wird die Inhalte bei den weiteren Beratungen berücksichtigen.*

Mehr geförderte Weiterbildungsstellen für die ambulante fachärztliche Weiterbildung

(Drucksache Ib - 11) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Zeitnahe Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung

(Drucksache Ib - 12) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Antrag einer zeitnahen Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) in das jeweilige Landesrecht. Das eLogbuch, das die MWBO abbildet, ist seit dem 01.07.2019 betriebsbereit.*

Förderung von Kindergesundheit - Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!

(Drucksache Ib - 13) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Zahl der Medizinstudienplätze weiter erhöhen

(Drucksache Ib - 15) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) am 24.07.2019.

Im Gesundheitswesen Tätige impfen

(Drucksache Ib - 16) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Impfstoffversorgung sicherstellen

(Drucksache Ib - 17) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Pränataltest auf Trisomie 21, 13, 18 mit Beratung als Kassenleistung

(Drucksache Ib - 18) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderung ist im Statement des Vorstands der Bundesärztekammer zur nichtinvasiven Pränataldiagnostik (NIPD) vom 09.04.2019 enthalten und wurde durch die Pressemitteilung "122. Deutscher Ärztetag fordert: Vorgeburtliche Bluttests auf Trisomie als Kassenleistung" vom 31.05.2019 während des Deutschen Ärztetages bekräftigt.*

Bundesweit einheitliche Prüfung für ausländische Ärzte aus Drittstaaten analog zum dritten deutschen Staatsexamen

(Drucksache Ib - 19) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Schreiben an die GMK und das BMG am 31.10.2019.*

Etablierung eines bundesweiten Registers von Ärzten mit nichtbestandenem Kenntnisprüfungen

(Drucksache Ib - 20) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Schreiben an die GMK und das BMG am 31.10.2019.*

Mehr Zeit für Patienten durch digitale Transformation

(Drucksache Ib - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die gematik; Beratung in der AG "Personalvorgaben für Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus"

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Arbeitsgruppe unterstützt die in diesem Beschluss gestellten Forderungen und wird sie bei der weiteren Arbeit berücksichtigen.*

- Schreiben an die DKG und die gematik am 10.07.2019.

Schwerpunktthema des nächsten Deutschen Ärztetages: Klimawandel und Gesundheit

(Drucksache Ib - 22)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat beschlossen, das Thema Klimawandel und Gesundheit auf dem 123. Deutschen Ärztetag 2020 zu beraten. Aufgrund der Absage des Deutschen Ärztetages vom 19.-22.05.2020 ist geplant, das Thema auf dem Deutschen Ärztetag 2021 zu beraten.*

Verantwortungsvoller Einsatz von Ressourcen im Gesundheitswesen

(Drucksache Ib - 24)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Das Anliegen der Antragsteller wird im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Tagesordnungspunktes "Klimawandel und Gesundheit" beim 123. Deutschen Ärztetag 2020 aufgegriffen. Aufgrund der Absage des Deutschen Ärztetages vom 19.-22.05.2020 ist geplant, das Thema auf dem Deutschen Ärztetag 2021 zu beraten.*

Umgang mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit

(Drucksache Ib - 25)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Die gesundheitlichen Auswirkungen stehen zunehmend im Fokus der öffentlichen Berichterstattung über den Klimawandel. Ein wesentlicher Meilenstein war die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des globalen Jahresberichts sowie des deutschen Länderreports des Projektes "The Lancet Countdown on Health and Climate Change" am 14.11.2019.*

Klimawandel und Gesundheit in Aus- und Weiterbildung

(Drucksache Ib - 26)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsinhalte der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) sind kompetenzorientiert dargestellt und ermöglichen bereits jetzt, dass die Zusammenhänge zwischen Umweltfaktoren, bspw. dem Klima, und der Gesundheit im Rahmen der Weiterbildung fachspezifisch vermittelt werden können.*

Digitalisierung in der Lehre stärken

(Drucksache Ib - 28)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die zuständigen Behörden (Wissenschaftsministerium), die Gesundheitsministerkonferenz (GMK), den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das Wissenschaftsministerium, den MFT und die BLAG Telematik am 11.07.2019, an die GMK am 17.07.2019 sowie an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) am 24.07.2019.

Medizinstudierende auf digitale Herausforderungen vorbereiten

(Drucksache Ib - 29)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und*

Entscheidungsprozess eingebracht.

- Schreiben an das BMG, den MFT und die BLAG Telematik am 11.07.2019, an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) am 17.07.2019 sowie an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) am 24.07.2019.

Kammerzugehörigkeit - Kontinuität zwischen Weiterbildung und Facharztprüfung

(Drucksache Ib - 30) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen der Antragsteller nachvollziehen und begrüßen Maßnahmen der Landesärztekammern, die die Migration von Ärztinnen und Ärzten zwischen den jeweiligen Kammerbereichen erleichtern.*

Chance für bundeseinheitliche Weiterbildungsordnung nutzen

(Drucksache Ib - 31) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen das Anliegen der Antragsteller und setzen sich für eine bundeseinheitliche Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) ein.*

Zunehmende Ausbildung konzernartiger Strukturen in der medizinischen Versorgung schränkt die freie Arztwahl durch den Patienten sowie die Freiheit ärztlicher Berufsausübung und ärztlicher Entscheidungen ein

(Drucksache Ib - 32) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen.*

Medizin vor Ökonomie - Ärzte-Kodex als Wegweiser ärztlichen Handelns - Patienten sind keine Kunden!

(Drucksache Ib - 33) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Berufsordnungsgremien.

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen. Der Ausschuss "Berufsordnung" sieht keine Differenzen gegenüber den Berufsordnungen, weist jedoch auf deren vorrangige Bedeutung hin. Das Anliegen des Antrages, einer zunehmenden Kommerzialisierung ärztlicher Berufsausübung entgegenzutreten, kann bei der Weiterentwicklung des Berufsrechts berücksichtigt werden.*

Keine Kostenbelastungen durch verpflichtende Weiterbildungskurse

(Drucksache Ib - 35) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen der Antragsteller grundsätzlich nachvollziehen. Die Landesärztekammern werden gebeten, an die jeweiligen Weiterbildungsstätten zu appellieren, sich für die Umsetzung der Forderung einzusetzen.*

Keine Anerkennung des nichtärztlichen Berufsbildes Genetic Counsellor

(Drucksache Ib - 36) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Beschluss spricht für sich; keine weitere Veranlassung.*

Beseitigung der Impfhindernisse - Optimierung der Durchimpfung der Bevölkerung (Drucksache Ib - 37) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Harmonisierung der Qualifikationswege akademischer Heilberufe gefährdet Patientensicherheit (Drucksache Ib - 38) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Fachberufegremien.

Ergebnis: *Mit dem Anliegen der Antragsteller wird sich der Ausschuss "Medizinische Fachberufe" im Rahmen seiner Beratungen zur Zukunft akademischer und nichtakademischer Heilberufe befassen.*

Bekräftigung: Autonome Gestaltung der (Muster-)Weiterbildungsordnung

(Drucksache Ib - 39) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Forderung an den Gesetzgeber, die paritätische Besetzung des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie (WBP) durch Ärztinnen/Ärzte und Psychologinnen/Psychologen beizubehalten, wird mit den Stellungnahmen der Bundesärztekammer vom 12.03.2018, 30.01.2019, 05.04.2019 und 07.05.2019 im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz (PsychThGAusbRefG) entsprochen.*

Lohnerhöhungen beim Praxispersonal angemessen in der morbiditätsorientierten Gesamtvergütung berücksichtigen

(Drucksache Ib - 40) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Etablierte ärztliche Bezeichnungen dürfen nicht für andere Berufe verwendet werden

(Drucksache Ib - 41) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Medikation und Feststellung von Arbeitsunfähigkeit sind grundlegende ärztliche Zuständigkeiten

(Drucksache Ib - 42) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Keine parallelen Versorgungssysteme durch Akademisierung nichtärztlicher Heilberufe

(Drucksache Ib - 43) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Wiederaufnahme einer zwölfmonatigen Weiterbildungszeit für die Zusatzbezeichnung Allergologie

(Drucksache Ib - 44) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Vorstand und die Weiterbildungsgremien der Bundesärztekammer sprechen sich für die Beibehaltung der verabschiedeten und somit gegen eine Änderung der MWBO 2018 aus. Mit dem Ergebnis wird dem Beschluss VIII - 70 des 121. Deutschen Ärztetages 2018 in Erfurt gefolgt, den berufsbegleitenden Erwerb der Zusatz-Weiterbildung Allergologie zu ermöglichen.*

Originäre ärztliche Kompetenz bei der Patientensteuerung erhalten

(Drucksache Ib - 46) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Keine Substitution ärztlicher Leistungen (hier: durch Hebammen)

(Drucksache Ib - 47) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Beschluss.*

Ärztliche Unabhängigkeit im Interesse der Patienten erhalten - Übernahme der ambulanten Versorgung durch Fremdinvestoren verhindern

(Drucksache Ib - 48) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen.*

Antibiotikaproduktion sicherstellen

(Drucksache Ib - 49) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Elektronischer Versand der Abgeordnetenunterlagen

(Drucksache Ib - 50) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Abgeordneten werden im Vorfeld des 123. Deutschen Ärztetages die Möglichkeit erhalten, ihre Unterlagen elektronisch abzurufen. Hierzu müssen die Landesärztekammern bei der Meldung der Abgeordneten und Ersatzabgeordneten die E-Mail-Adressen bereitstellen. Abgeordnete, von denen keine E-Mail-Adresse vorliegt oder die es wünschen, erhalten die Unterlagen per Post.*

DMP-Programmkostenpauschale

(Drucksache Ib - 55) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Telematikinfrastruktur - keine Sanktionierung für Installationsverzögerungen

(Drucksache Ib - 56) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Berufsbezeichnung Psychotherapeut

(Drucksache Ib - 57) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

(Muster-)Weiterbildungsordnung - Streichung des Glossars für die P-Fächer

(Drucksache Ib - 58) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien sprechen sich hinsichtlich der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) für die Beibehaltung der verabschiedeten und somit gegen eine Änderung der MWBO 2018 aus und weisen darauf hin, dass die Entscheidung zur Aufnahme des Glossars in den PPP-Fächern bei den Landesärztekammern liegt.*

Verpflichtende didaktische Fortbildungen für Weiterbildende

(Drucksache Ib - 60) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Ständige Konferenz "Ärztliche Fortbildung" spricht sich mehrheitlich dafür aus, die entsprechenden Fortbildungen für Weiterbildungsbefugte anzubieten. Jedoch soll eine Teilnahme freiwillig sein. Die Weiterbildungsgremien unterstützen das Anliegen der Antragsteller und appellieren an die Landesärztekammern, sich für eine verpflichtende didaktische Qualifizierungsmaßnahme für Weiterbilderinnen und Weiterbilder einzusetzen.*

Bedeutung der Digitalisierung für das Medizinstudium der Zukunft

(Drucksache Ib - 61) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an Bundesministerium für Gesundheit (BMG), den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und die Bund-Länder AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, den MFT und die BLAG Telematik am 11.07.2019, an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) am 17.07.2019 sowie Schreiben an das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) am 24.07.2019.

Sicherstellungsauftrag für eine ordnungsgemäße Medikamentenversorgung vergeben

(Drucksache Ib - 63) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses Ic - 116 des 121. Deutschen Ärztetages 2018

(Drucksache Ib - 64) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Schreiben an die GMK und das BMG am 31.10.2019.*

Medizinische Fach- und Sachkompetenz als Grundlage von Entscheidungen zu Regelleistungen im deutschen Gesundheitssystem

(Drucksache Ib - 65) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Keine weitere Arbeitsverdichtung für Ärztinnen und Ärzte an Universitätsklinikum durch den Masterplan Medizinstudium 2020

(Drucksache Ib - 66) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Obligatorische Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr

(Drucksache Ib - 67) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur besseren Patientenversorgung - Neudeutsch: PVVV (Patienten-Versorgungs-Verbesserungs-Vorschlag)

(Drucksache Ib - 68) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ärzte sprechen mit einer Stimme zur Reform der Aus- und Weiterbildung der psychologischen Psychotherapeuten

(Drucksache Ib - 69) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Rauchverbot in Autos mit Minderjährigen als Mitfahrer

(Drucksache Ib - 70) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Dolmetscher für die ärztliche Versorgung finanzieren und ausbilden

(Drucksache Ib - 71) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und

Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG am 03.12.2019 mit der Bitte, den Beschluss bei gesetzgeberischen Initiativen zu berücksichtigen.

Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Nutri-Score-System

(Drucksache Ib - 72)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Substitution in Justizvollzugsanstalten

(Drucksache Ib - 73)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags wird im Ausschuss im Kontext des übergreifenden Themas "Substitution in Haftanstalten" weiter diskutiert werden. Der Ausschuss beabsichtigt, auf Grundlage der Diskussionsergebnisse ein Empfehlungspapier der Bundesärztekammer zur Substitutionsbehandlung in Haft zu erstellen.*

Garantierung der ärztlichen Schweigepflicht - Anonyme Behandlung

(Drucksache Ib - 74)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrages ist durch gesetzliche Vorgaben erfüllt. Alle digitalen medizinischen Anwendungen der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und der Telematikinfrastruktur (z. B. ePatientenakte, Notfalldatensatz, eMedikationsplan) sind für die Versicherten freiwillig. Lediglich die Verwaltungsanwendung "Versichertenstammdatenmanagement" ist eine Pflichtanwendung für die Versicherten.*

Wiedereinstieg strukturieren

(Drucksache Ib - 75)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten

(Drucksache Ib - 76)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Prävention - Förderung der Bewegung in jedem Lebensalter

(Drucksache Ib - 77)(Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Beschluss spricht für sich; keine weitere Veranlassung.*

Zusatz-Weiterbildung Mammographie für Frauenärzte ermöglichen

(Drucksache Ib - 78)(Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien werden das Anliegen in den Themenspeicher des Gremiums aufnehmen und nach der Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) und einer diesbezüglichen Evaluation erneut beraten.

Beschlussfassung gegen die politische Verurteilung türkischer Ärztfunktionäre (Drucksache Ib - 80) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Sexuelle Belästigung im Gesundheitswesen verhindern

(Drucksache Ib - 81) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: Schreiben an die KBV und die DKG am 03.12.2019 mit der Bitte, sich für das Anliegen des Beschlusses einzusetzen.

(Muster-)Weiterbildungsordnung - Ambulante Weiterbildung Innere Medizin klarstellen (Drucksache Ib - 82) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien sehen sich an die Beschlüsse des 120. Deutschen Ärztetages 2017 in Freiburg u. a. zu den Weiterbildungszeiten gebunden und sprechen sich daher bezüglich des Gebietes Innere Medizin für die Beibehaltung der verabschiedeten und somit gegen eine Änderung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) 2018 aus.

Impfungen für Auszubildende und Studierende der Heilberufe

(Drucksache Ib - 83) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Konkrete Maßnahmen gegen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen gesetzlich verankern

(Drucksache Ib - 84) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen.

Mindestpersonalstärke auf allen peripheren Stationen von Akutkrankenhäusern

(Drucksache Ib - 85) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Krankenhausgremien und den Qualitätssicherungsgremien.

Ergebnis: Die Arbeitsgruppe "Personalvorgaben für Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus" und die Ständige Konferenz "Qualitätssicherung" haben über den Antrag mit zustimmender Kenntnisnahme beraten. Die AG Personalvorgaben sieht in dem vorgeschlagenen Vorgehen einen möglichen methodischen Ansatz zur Vorgabe einer Personalausstattung, der allerdings konkretisiert werden müsste, da sowohl der Terminus der "Mindestpersonalbemessung" als auch Begriffe wie "periphere Station" und "Akutkrankenhaus" einer Schärfung bedürfen. Sobald eine tieferegehende

methodische Befassung mit konkreten Instrumenten zur Personalbedarfsermittlung und zu Personalvorgaben durch die Arbeitsgruppe erfolgt, wird der vorgeschlagene Ansatz in die Beratungen einbezogen.

Förderung der substitutionsgestützten Suchttherapie für Drogenabhängige

(Drucksache Ib - 86) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Die Bundesärztekammer wird gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) eine Mitgabemöglichkeit des Substituts durch Ärztinnen und Ärzte erneut thematisieren. Zu den Forderungen zur Vergütung der Substitutionsbehandlung wird die Bundesärztekammer den Austausch mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) suchen.*

Förderung der telemedizinischen Versorgung von Suchtkranken in Haft

(Drucksache Ib - 87) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Der Ausschuss wird das Anliegen des Antrags nach einer zusätzlichen telemedizinischen Versorgung von inhaftierten Drogenabhängigen im Rahmen seines übergreifenden Themas "Substitution in Haftanstalten" vertieft diskutieren.*

Überarbeitung und Flexibilisierung des bundeseinheitlichen Medikationsplans zur Schaffung eines sektorübergreifenden Standards

(Drucksache Ib - 89) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und den Deutschen Apothekerverband (DAV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Arbeitsgruppe Bundeseinheitlicher Medikationsplan (BMP) nach § 31a (4) SGB V ist für die fortlaufende Weiterentwicklung des Medikationsplans zuständig. Zur Zeit wird an einer Überarbeitung eines Schemas zur komplexen Dosierung gearbeitet.
- Schreiben an die KBV und den DAV am 10.07.2019.*

Masern - Impfpflicht einführen

(Drucksache Ib - 90) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen

(Drucksache Ib - 91) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Das Anliegen der Netzwerke Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen wird von der Bundesärztekammer grundsätzlich unterstützt. Über eine Mitgliedschaft soll zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer grundsätzlichen Prüfung der Mitgliedschaft der Bundesärztekammer in externen Gremien entschieden werden.*

Ethische Bewertung von Innovationen im Bereich der digitalen Versorgung

(Drucksache Ib - 92) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz der Geschäftsführungen und Vorsitzenden der Ethikkommissionen der Landesärztekammern (SKO EK LÄK) und in der AG "Weiterentwicklung des Gesundheitswesens durch Digitalisierung".

Ergebnis: Die SKO EK LÄK ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Arbeits-/Prüfauftrag der nach Landesrecht eingerichteten Ethikkommissionen eine zustimmende Bewertung der sog. "Digitalen Innovationen und Versorgungsinnovationen" im Vorfeld der Zulassung nicht umfasst. Die Ethikkommissionen werden ausschließlich im Rahmen der Bewertung von Forschungsanträgen tätig. Die Beratungen im Ausschuss "Digitalisierung der Gesundheitsversorgung" bestätigen diese Einschätzung.

Interprofessionelle Ausbildungsstationen und -praxen im Praktischen Jahr

(Drucksache Ib - 93) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

- Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), den MFT und den VUD am 24.07.2019.

MTA-Ausbildung modernisieren

(Drucksache Ib - 94) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

MTRA- und MTLA-Ausbildungsplätze schaffen

(Drucksache Ib - 95) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Substitution und antivirale Therapie bei Inhaftierten

(Drucksache Ib - 96) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen"; Schreiben an die Landesärztekammern.

Ergebnis: Die ersten Ergebnisse der "Bundeseinheitlichen Erhebung der Länder zur stoffgebundenen Suchtproblematik im Justizvollzug" auf Basis einer Stichtagserhebung vom 31.03.2018 wurden der Bundesärztekammer am 27.09.2019 vom Strafvollzugausschuss der Justizministerkonferenz (JMK) übermittelt und im Ausschuss analysiert. Die Ergebnisse fließen in die weitere Beratung des Ausschussthemas "Substitution in Haftanstalten" ein.

Kooptierung junger Ärzte

(Drucksache Ib - 97) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Weitere Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Der Vorstand hat an die Landesärztekammern appelliert, dass sie im Hinblick auf die Besetzung der Gremien (Ständige Konferenzen oder die Akademien) junge Ärztinnen und Ärzte als Vertreter in die Gremien der Bundesärztekammer entsenden.

Deutscher Ärzteverlag

(Drucksache Ib - 98) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Weitere Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Als Ergebnis der weiteren Beratungen hat der Vorstand der Bundesärztekammer zwischenzeitlich von der Planung Abstand genommen, die Gesellschaftsanteile der Kassenärztlichen

Bundesvereinigung (KBV) am Deutschen Ärzteverlag (DÄV) zu erwerben. Es wird nun im Hinblick auf die angestrebte Restrukturierung des DÄV ein gemeinsam getragenes Vorgehen mit der KBV als zielführend erachtet. Zusammen mit der KBV hat der Vorstand der Bundesärztekammer unter Beteiligung von Ehren- und Hauptamt der Landesärztekammern wie der Geschäftsstelle der BÄK eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die notwendigen Schritte einer Restrukturierung vor dem Hintergrund berufspolitischer, (kammer-)rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Aspekte bearbeitet. Abschließend entscheiden die Vorstände von BÄK und KBV über die Durchführung der konkreten Maßnahmen.

Ärztliche Ethik gilt auch für ärztliches Handeln im Auftrag von Behörden

(Drucksache Ib - 100) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den Meinungsbildungsprozess einbezogen.*

Gesundheitliche Gefährdung durch die Zwischenlagerung von Atommüll

(Drucksache Ib - 101) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat sich dafür ausgesprochen, das Anliegen der Antragsteller nicht zu verfolgen, da die Bundesärztekammer über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt.*

Einheitliches Formular zur Abfrage von Interessenkonflikten einführen

(Drucksache Ib - 102) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Fortbildungsgremien und im Vorstand der Bundesärztekammer.

Ergebnis: *Die Ständige Konferenz „Ärztliche Fortbildung“ hatte sich bereits 2016/2017 in einem detaillierten Abstimmungsverfahren damit befasst, ein einheitliches Fragenset zur Offenlegung von Interessenkonflikten bei der aktiven Mitwirkung an Fortbildungsveranstaltungen zu entwickeln. Hierbei konnte kein Konsens herbeigeführt werden. Jede Kammer wird an ihrer etablierten Vorgehensweise und ihren eigenen Fragebögen zur Umsetzung der Erfassung und Offenlegung von Interessenkonflikten festhalten und sich verstärkt damit befassen, die Inhalte frei von wirtschaftlichen Interessen zu halten.*

Verbesserung der gesundheitlichen Situation drogenabhängiger Menschen

(Drucksache Ib - 103) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Der Ausschuss wird auf Grundlage der 2017 novellierten Richtlinie der Bundesärztekammer zur Durchführung der substitutionsgestützten Behandlung Opioidabhängiger ein Empfehlungspapier zur Verbesserung der Versorgungssituation drogenabhängiger Häftlinge erstellen.*

Verpflichtende Transparenz von Interessenkonflikten in der (Muster-) Berufsordnung festschreiben

(Drucksache Ib - 104) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Berufsordnungsgremien.

Ergebnis: *Der Ausschuss "Berufsordnung" spricht sich dafür aus, an der bisherigen Position von Bundesärztekammer und Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) festzuhalten, wonach eine gesetzliche Regelung vorzuzugwürdig wäre. Eine Ergänzung der (Muster-)Berufsordnung (MBO-Ä) wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet.*

Gesundheitliche Gefährdung Hunderttausender durch grenznahe Atomkraftwerke in der Schweiz und Frankreich

(Drucksache Ib - 105) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat sich dafür ausgesprochen, das Anliegen der Antragsteller nicht zu verfolgen, da die Bundesärztekammer über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt.*

Mehr Öffentlichkeit für die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise

(Drucksache Ib - 106) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Mit der Entscheidung für einen Tagesordnungspunkt "Klimawandel und Gesundheit" auf dem 123. Deutschen Ärztetag 2020 entspricht der Vorstand dem Anliegen der Antragsteller. Aufgrund der Absage des Deutschen Ärztetages vom 19.-22.05.2020 ist geplant, das Thema auf dem Deutschen Ärztetag 2021 zu beraten.*

Prüfung der Gefahren vor dem flächendeckenden Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes

(Drucksache Ib - 107) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat sich dafür ausgesprochen, das Anliegen der Antragsteller nicht zu verfolgen, da die Bundesärztekammer über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt.*

Die Gesundheit der Bevölkerung verlangt ein entschiedenes Eintreten für den Klimaschutz

(Drucksache Ib - 108) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Das Anliegen der Antragsteller wird Gegenstand der Beratungen auf dem 123. Deutschen Ärztetag 2020 unter dem Tagesordnungspunkt "Klimawandel und Gesundheit". Aufgrund der Absage des Deutschen Ärztetages vom 19.-22.05.2020 ist geplant, das Thema auf dem Deutschen Ärztetag 2021 zu beraten.*

Freiheit der ärztlichen Berufsausübung, Schutz vor staatlicher Verfolgung

(Drucksache Ib - 109) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Telematikinfrastruktur - kein Zwang zur Anbindung

(Drucksache Ib - 110) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Das Fortschreiten staatsmedizinischer Regulierungen und Eingriffe muss gestoppt werden

(Drucksache Ib - 111) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG am 10.07.2019.

Bewahrung von Patientenrechten und Schweigepflicht

(Drucksache Ib - 112) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Zur Verbesserung der ambulanten Versorgung zusätzliche Arztstellen in der Bedarfsplanung mit zusätzlichen Mitteln fair finanzieren

(Drucksache Ib - 114) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Honorierung der Leichenschau

(Drucksache Ib - 115) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen entsprechen dem bisherigen Vorgehen und werden weiterhin in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Künstliche Intelligenz - Auswirkungen auf die Patientenversorgung

(Drucksache Ib - 117) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Meinungsbildung in der AG "Weiterentwicklung des Gesundheitswesens durch Digitalisierung".

Ergebnis: *Eine Beratung im Ausschuss "Digitalisierung der Gesundheitsversorgung" mit dem Ziel einer Meinungsbildung wird erfolgen, nachdem die AG "Weiterentwicklung des Gesundheitswesens durch Digitalisierung" ihr Abschlussdokument finalisiert hat.*

Die Umsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung darf die Patientenversorgung nicht gefährden

(Drucksache Ib - 118) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Reform des Gemeinsamen Bundesausschusses ist notwendig

(Drucksache Ib - 119) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Sozialmedizinischer Dienst der Knappschaft-Bahn-See nicht in die Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen integrieren

(Drucksache Ib - 120) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Einbindung von Fachdisziplinen in die Notfallversorgung

(Drucksache Ib - 121) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Änderung der (Muster-)Berufsordnung

(Drucksache Ib - 122) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Berufsordnungsgremien.

Ergebnis: *Der Ausschuss "Berufsordnung" kommt zu dem Ergebnis, dass dem Anliegen des Beschlusses durch die bestehenden Regelungen der Berufsordnung bereits hinreichend entsprochen wird. Eine Ergänzung der (Muster-)Berufsordnung (MBO-Ä) wird nicht befürwortet.*

Nachhaltiges Investment der Ärztekammern und ärztlichen Versorgungswerke

(Drucksache Ib - 123) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Versorgungswerke".

Ergebnis: *Die Beratung erfolgt im Rahmen der nächsten Sitzung der Ständigen Konferenz im Mai 2020.*

Neuverständnis von Management und Führung im Gesundheitswesen

(Drucksache Ib - 124) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen.*

Stärkerer Schutz des Arztes als Berufsheimnisträger

(Drucksache Ib - 126) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess aufgenommen.*

Sanktionen verhindern Akzeptanz der Telematikinfrastruktur

(Drucksache Ib - 128) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), an die Gesellschafter der gematik, die gematik, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik) und den Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die gematik, die BLAG Telematik und an den bvitg am 10.07.2019.

Sicherheit und Datenschutz bei der Telematikinfrastruktur-Anbindung von Arztpraxen und mobilen Endgeräten der Versicherten

(Drucksache Ib - 129) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Gesellschafter der gematik, die gematik, die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik), den Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) und den

Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, das BSI, die Gesellschafter der gematik, die gematik, BLAG Telematik, den bvitg, den VZBV und den BfDI am 10.07.2019.

Digitalisierung als Schwerpunktthema der Ärztekammern

(Drucksache Ib - 130) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand der Bundesärztekammer hat in seiner Sitzung im August 2019 beschlossen, dass "Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung" einer von vier Arbeitsschwerpunkten der politischen Arbeit der Bundesärztekammer für die nächsten zwei Jahre sein wird. Die Entscheidung fiel auf Grundlage eines inhaltlichen Konzeptes mit der Beschreibung von Projekten, die angegangen werden sollten. Als erstes Projekt fand am 17.10.2019 die Veranstaltung "Die Vertrauensfrage in der digitalen Medizin" statt. Gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Spahn wurden mit Vertretern der Krankenkassen und der Start-up-Szene mögliche Auswirkungen der Digitalisierung, insbesondere auf das Arzt-Patient-Verhältnis, diskutiert.*

Weiterhin hat der Vorstand die Einrichtung eines Erfahrungsaustausches "Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung" beschlossen, in den jede Ärztekammer zwei Vertreterinnen und Vertreter entsenden kann. Er dient dem Informationsaustausch zwischen Bundesärztekammer und Landesärztekammern bei der Diskussion und Meinungsbildung zu Aspekten der Digitalisierung der Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus wurde der Ausschuss "Digitalisierung der Gesundheitsversorgung" der Bundesärztekammer aus Vertretern der Kammern, der wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften und der Wissenschaft durch den Vorstand der Bundesärztekammer neu berufen. Beide Gremien werden von Erik Bodendieck, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer sowie Mitglied im Vorstand der BÄK, und PD Dr. Peter Bobbert, Mitglied des Vorstands der BÄK, geleitet. Eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Ressourcen erfolgte bislang nicht.

Auch auf Ebene der Ärztekammern hat sich die Diskussion über die Digitalisierung intensiviert. Ob es zu einem verstärkten Auf- bzw. Ausbau von ehren- bzw. hauptamtlichen Strukturen gekommen ist, ist nicht bekannt.

Weiterhin wurde eine Arbeitsgruppe des Vorstands "Gemeinsame Digitalstrategie" initiiert, die vor allem Aspekte der (digitalen) Verwaltungszusammenarbeit der Landesärztekammern in den Blick nimmt.

Prozess der Entwicklung und Einführung digitaler Anwendungen

(Drucksache Ib - 131) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), an die Gesellschafter der gematik, die gematik, die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik), den Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg), den Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) und den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die gematik, die BLAG Telematik, den bvitg, den BVDW und den VZBV am 10.07.2019.

Schutzzonen vor Beratungsstellen

(Drucksache Ib - 132) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand nach Meinungsbildung im Erfahrungsaustausch

der Menschenrechtsbeauftragten.

Ergebnis: *Der Erlass des Hessischen Innenministeriums sieht - noch über den Antrag hinausgehend - vor, Schutzzonen einzurichten, die unabhängig von einer festgelegten Grenze von 150 Metern eine Kontaktaufnahme zu den die Beratungsstellen Aufsuchenden nicht ermöglicht. Der Beschluss des Vorstands empfiehlt, diesen Erlass auf Landes- und Bundesebene zu berücksichtigen.*

Chancen der Fernbehandlung für eine moderne Notfallversorgung nutzen

(Drucksache Ib - 134) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), den GKV-Spitzenverband und den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die KBV, den GKV-Spitzenverband und den G-BA am 10.07.2019.

Unterstützung der Patientinnen und Patienten bei der Koordination von Diagnostik und Behandlung - Rolle des Hausarztes stärken

(Drucksache Ib - 135) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Deutschen Akademie für Allgemeinmedizin.

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin unterstützt das Anliegen der Antragsteller.*

Stufenweise Einführung der elektronischen Patientenakte

(Drucksache Ib - 136) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Gesellschafter der gematik, die gematik, die Bund-Länder-AG Telematik im Gesundheitswesen (BLAG Telematik), den Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg) und den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

- Schreiben an das BMG, die Gesellschafter der gematik, die gematik, die BLAG Telematik, den bvitg und den VZBV am 10.07.2019.

Keine "Sozialdetektive" für Versicherungsleistungen bei Invalidität und Berufsunfähigkeit wie in der Schweiz

(Drucksache Ib - 137) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Internationale Angelegenheiten".

Ergebnis: *Aufgrund der infolge der COVID-19 Epidemie entstandenen Einschränkungen für Beratungen im Vorstand der Bundesärztekammer hat sich das Präsidium mit der Empfehlung des Ausschusses auf Nichtbefassung beschäftigt. Das Präsidium folgt der Empfehlung. Der Antrag wird zunächst ruhend gestellt.*

Übernahme des Deutschen Ärzteverlags durch die Bundesärztekammer

(Drucksache Ib - 138) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Als Ergebnis der weiteren Beratungen hat der Vorstand der Bundesärztekammer zwischenzeitlich von der Planung Abstand genommen, die Gesellschaftsanteile der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) am Deutschen Ärzteverlag (DÄV) zu erwerben. Es wird nun im Hinblick auf*

die angestrebte Restrukturierung des DÄV ein gemeinsam getragenes Vorgehen mit der KBV als zielführend erachtet. Zusammen mit der KBV hat der Vorstand der Bundesärztekammer unter Beteiligung von Ehren- und Hauptamt der Landesärztekammern wie der Geschäftsstelle der BÄK eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die notwendigen Schritte einer Restrukturierung vor dem Hintergrund berufspolitischer, (kammer-)rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Aspekte bearbeitet. Abschließend entscheiden die Vorstände von BÄK und KBV über die Durchführung der konkreten Maßnahmen.

Gütesiegel der Bundesärztekammer für Apps schaffen

(Drucksache Ib - 139) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der AG "Weiterentwicklung des Gesundheitswesens durch Digitalisierung" (Bewertung) und danach im Vorstand.

Ergebnis: *Der Gesetzgeber hat durch das Digitale-Versorgung-Gesetz die Grundlage für eine Bewertung von medizinischen Apps gelegt. Wenn technische und medizinische Aspekte erfüllt sind, werden diese Apps in einer Liste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) aufgeführt und sind dann zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verordnungsfähig. Damit ist die Aufgabe, Ärztinnen und Ärzte, aber auch Patientinnen und Patienten bei der Auswahl für sie geeigneter medizinischer Apps zu unterstützen, eindeutig zugewiesen. Eine paralleles Bewertungsverfahren der Bundesärztekammer scheint zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.*

Zugrundeliegende Kriterien der Besetzung einer Vorschlagsliste von fünf durch den Deutschen Ärztetag zu wählenden Mitgliedern der Deutschen Akademie der Gebietsärzte

(Drucksache Ib - 140) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand der Deutschen Akademie der Gebietsärzte (DAG).

Ergebnis: *Der Vorstand der DAG stellt fest, dass bei den bisherigen Wahlärztetagen unter anderem die Verteilung der Geschlechter, der Versorgungssektoren, der Fachgebiete und der Bundesländer berücksichtigt wurde. Zudem wurde darauf geachtet, dass die Kandidatinnen und Kandidaten über einschlägige berufspolitische Erfahrung verfügen.*

Evaluation der Weiterbildung

(Drucksache Ib - 142) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen der Antragsteller nachvollziehen und befürworten eine regelmäßige Evaluation der Weiterbildung. Sie empfehlen einen mindestens einmal jährlich in den Weiterbildungsgremien zu beratenden Berichtspunkt "Evaluation: Bericht aus den Landesärztekammern" zu den Aspekten "Art der Befragung", "Häufigkeit", "Kosten" und "Ergebnisse", um diesbezügliche Erfahrungen darzustellen, zu diskutieren und zu bewerten.*

Die Ärztekammern gehören in die Verwaltungsräte der Medizinischen Dienste

(Drucksache Ib - 143) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Einrichtung einer Ständigen Konferenz "Junge Kammer"

(Drucksache Ib - 144) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat an die Landesärztekammern appelliert, dass sie im Hinblick auf die Besetzung der Gremien (Ständige Konferenzen oder die Akademien) junge Ärztinnen und Ärzte als*

Vertreter in die Gremien der Bundesärztekammer entsenden.

Mehr Medizinstudienplätze, aber keine Verlagerung der medizinischen Ausbildung auf Bildungsträger außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland

(Drucksache Ib - 145) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Positionen des Deutschen Ärztetages werden weiterhin in die politische Diskussion auf Bundes- und EU-Ebene sowie in den Ständigen Ausschuss der Europäischen Ärzte (CPME) eingebracht.*

Verbreitung des Genfer Gelöbnisses in der Ärzteschaft und darüber hinaus

(Drucksache Ib - 146) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Es wird eine Urkunde mit dem Genfer Gelöbnis gestaltet und als elektronische Version den Ärztekammern, den ärztlichen Partnerorganisationen sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur weiteren Verbreitung zur Verfügung gestellt. Eine bestimmte Anzahl soll für die eigene Verwendung gedruckt werden.*

(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Stärkung der Ärztlichen Psychotherapie durch Harmonisierung der Glossare für die P-Gebiete und P-Zusatz-Weiterbildungen

(Drucksache Ib - 147) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können die Zielsetzung der Antragsteller nachvollziehen und weisen darauf hin, dass die Landesärztekammern im Rahmen der Umsetzung der Weiterbildung vor Ort wie bislang prüfen können, ob bei Engpässen im Einzelfall von der Regelung abgewichen werden kann. Darüber hinaus sprechen sich die Weiterbildungsgremien dafür aus, die P-Glossare unverändert in der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) beizubehalten.*

Bericht über die Entwicklung von Richtlinien für angemessene Personalschlüssel im ärztlichen Dienst

(Drucksache Ib - 148) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Krankenhausgremien und den Qualitätssicherungsgremien.

Ergebnis: *Die Arbeitsgruppe "Personalvorgaben für Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus" und die Ständige Konferenz "Qualitätssicherung" haben über den Beschluss mit zustimmender Kenntnisnahme beraten. Die Ergebnisse der AG Personalvorgaben wurden im Positionspapier "Prinzipien und Kriterien zu Personalvorgaben für Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus" zusammengefasst. Am 11.10.2019 ist im Deutschen Ärzteblatt (Jg. 116, Heft 41) der Artikel "Personalvorgaben für Ärzte" erschienen, der auf den Inhalten des Positionspapiers beruht. Auf der Internetseite der Bundesärztekammer ist das Positionspapier eingestellt unter (https://www.bundesaeztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/Politik/Positionspapier_AG_Personalvorgaben_fuer_Aerzte_im_Krankenhaus.pdf).*



TOP II Wenn die Arbeit Ärzte krank macht

Gute Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte! Herausforderungen und Lösungsansätze

(Drucksache II - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gewalt gegen Hilfeleistende verhindern

(Drucksache II - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen wurden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht und im "Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität" aufgegriffen.*

Präventionskultur an Kliniken stärken

(Drucksache II - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ärztegesundheit erhalten - Arbeitsrecht beachten

(Drucksache II - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den medialen Meinungsbildungsprozess eingebracht.*

Resilienz als Thema in der medizinischen Ausbildung

(Drucksache II - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

Ergebnis: *Schreiben an den MFT und den VUD am 24.07.2019.*

Interventionsprogramme für suchtkranke Ärztinnen und Ärzte weiterentwickeln

(Drucksache II - 06) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Der Ausschuss wird sich in seiner weiteren Arbeit mit der Entwicklung von Empfehlungen für die Gestaltung von Interventionsprogrammen befassen. Zum aktuellen Stand der Interventionsprogramme und den gegenwärtigen Betreuungszahlen ist eine Publikation im Deutschen Ärzteblatt geplant.*

DRG-System gefährdet die Gesundheit von Beschäftigten sowie Patientinnen und Patienten

(Drucksache II - 07) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Die Bundesärztekammer hat die Forderungen in ihr Positionspapier "Patientenversorgung unter Druck" vom 26.05.2019 aufgenommen.*

Das ärztliche Gelöbnis ernst nehmen - gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen eintreten (Drucksache II - 08) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Arbeitszeitgesetz in deutschen Krankenhäusern zur Geltung bringen

(Drucksache II - 09) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gesund führen

(Drucksache II - 10) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der Ständigen Konferenz "Qualitätssicherung".

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Beschluss. Die Bundesärztekammer hat 2007 ein Curriculum "Ärztliche Führung" aufgelegt, das regelmäßig durch die Landesärztekammern angeboten wird. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat eine Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des Curriculums "Ärztliche Führung" eingesetzt.*

Ärztinnen und Ärzte und Sucht

(Drucksache II - 11) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Sucht und Drogen".

Ergebnis: *Der Ausschuss hat das Anliegen des Antrags zur Kenntnis genommen.*

Niederschwellige Trauma-Hilfsangebote als Regel

(Drucksache II - 13) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den medialen Meinungsbildungsprozess eingebracht. - Schreiben an die DKG am 03.12.2019 mit der Bitte, sich im Sinne der Beschäftigten in den Krankenhäusern für den Ausbau entsprechender Hilfsangebote und Strukturen einzusetzen.*

Personalmangel führt zu Überlastung

(Drucksache II - 14) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Lebensphasengerechtes Arbeiten

(Drucksache II - 15) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Präventionsgremien.

Ergebnis: *Der Ausschuss "Gesundheitskompetenz, Prävention und Bevölkerungsmedizin" unterstützt das dem Antrag zugrunde liegende Anliegen einer lebensphasengerechten Arbeitszeitgestaltung. Die konkrete Umsetzung und die hierfür zu adressierenden Akteure bedürfen weiterer Diskussionen.*

Selbstfürsorge - Kranke Ärztinnen und Ärzte sollen nicht arbeiten gehen

(Drucksache II - 16) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Beschluss.*

Krankmachende Überforderung vermeiden

(Drucksache II - 17) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Qualitätssicherung" sowie in den Weiterbildungs- und Fortbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Beschluss, mit dem eine Unterscheidung zwischen "Überforderung" und "professioneller Herausforderung" durch ärztliche Führungskräfte gefordert wird. Die Bundesärztekammer hat 2007 ein Curriculum "Ärztliche Führung" aufgelegt, das regelmäßig durch die Landesärztekammern angeboten wird. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat eine Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des Curriculums "Ärztliche Führung" eingesetzt. Die Ständige Konferenz "Ärztliche Fortbildung" spricht sich dafür aus, die in dem Antrag genannten Aspekte zur krankmachenden Überforderung bei der Aktualisierung des Curriculums und bei der Durchführung der Fortbildungen besonders zu berücksichtigen.*

Prävention chronischer Krankheiten in der Ärzteschaft

(Drucksache II - 18) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Beschluss spricht für sich; keine weitere Veranlassung.*

Erschöpfung als Arbeitsunfähigkeit anerkennen

(Drucksache II - 19) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Vereinbarkeit bedeutet mehr als Kinderbetreuung

(Drucksache II - 20) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Beschluss spricht für sich; keine weitere Veranlassung.*

Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen bei der Digitalisierung in Krankenhäusern

(Drucksache II - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG).

Ergebnis: *Schreiben an die DKG am 10.07.2019.*

Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen bei der Digitalisierung im ambulanten Bereich

(Drucksache II - 22) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und an den GKV-Spitzenverband.

Ergebnis: *Schreiben an die KBV und den GKV-Spitzenverband am 10.07.2019.*

Konsequente Einarbeitung und wertschätzende, offene Kommunikation als Elemente des gesunden Führens an den Kliniken

(Drucksache II - 23) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungs- und Fortbildungsgremien.

Ergebnis: Die Weiter- und Fortbildungsgremien unterstützen den Beschluss. In einem Schreiben an die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) wurde darum gebeten, Fortbildungsangebote mit dem Ziel weiterzuentwickeln, eine strukturierte mentorenbegleitete Einarbeitung zu ermöglichen sowie eine wertschätzende, offene Kommunikation und Feedbackkultur zu fördern. Die Bundesärztekammer hat 2007 ein Curriculum "Ärztliche Führung" aufgelegt, das regelmäßig durch die Landesärztekammern angeboten wird. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat eine Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des Curriculums "Ärztliche Führung" eingesetzt.

Gesund führen und ärztliches Gesundheitsmanagement

(Drucksache II - 25) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung" sowie in der Ständigen Konferenz "Qualitätssicherung".

Ergebnis: Die Gremien sprechen sich dafür aus, die in den Anträgen genannten Aspekte zur fürsorglichen Führung bei der Durchführung des BÄK-Curriculums "Ärztliche Führung" besonders zu berücksichtigen. Kritisch angemerkt wird, dass Kurse nicht die Antwort auf Überforderung und Arbeitsverdichtung sein dürfen. Lösungen für die Problematik müssen weiterhin durch gesundheitspolitische Maßnahmen gefordert werden.

Der Vorstand der Bundesärztekammer hat eine Arbeitsgruppe zur Aktualisierung des Curriculums "Ärztliche Führung" eingesetzt.

Kompetenz in Psychosomatik verbessert die Selbstfürsorge und Resilienz

(Drucksache II - 26) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Medizinischen Fakultätentag (MFT) und den Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien unterstützen das Anliegen der Antragsteller und die Einbringung in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess.

- Schreiben an den MFT und den VUD am 24.07.2019.

Überbordende Bürokratie gefährdet Arztgesundheit

(Drucksache II - 27) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich; keine weitere Veranlassung.

Manipulationsfreie Arbeitszeitdokumentation

(Drucksache II - 29) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Ausweitungen der Grenzen des Arbeitszeitgesetzes wie die Opt-out-Regelung sind abzulehnen, weil sie die Gesundheit von Ärztinnen und Ärzten gefährden

(Drucksache II - 31) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Übernahme der Kosten für Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlung durch private Krankenkassen und Rentenversicherung

(Drucksache II - 32) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Schreiben an den Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband).

Ergebnis: *Schreiben an den PKV-Verband am 17.09.2019.*

Förderung der Arbeitskultur in der medizinischen Versorgung

(Drucksache II - 33) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Präventionsgremien.

Ergebnis: *Der Ausschuss "Gesundheitskompetenz, Prävention und Bevölkerungsmedizin" unterstützt das Anliegen der Antragsteller und empfiehlt, die Forderungen in der Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) sowie im Curriculum "Ärztliche Führung" zu berücksichtigen.*

Förderung durch Fortbildung

(Drucksache II - 34) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung".

Ergebnis: *Das Gremium unterstützt die Forderung des Antrages, die Themen Resilienz, Selbstschutz und Gesundheitsbewusstsein für Ärztinnen und Ärzte in der Fortbildung stärker zu berücksichtigen und verweist auf vielfältige bereits bestehende Angebote in den Ländern.*



TOP III **Dokumentation der Weiterbildung im elektronischen Logbuch**

Inbetriebnahme der eLogbuch-Webanwendung

(Drucksache III - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien werden dem Anliegen bei den Beratungen zum eLogbuch Rechnung tragen.*

eLogbuch nutzerfreundlich und transparent gestalten - Evaluation vereinfachen

(Drucksache III - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Der Beschluss zum eLogbuch und damit das Anliegen der Antragsteller hinsichtlich Nutzerfreundlichkeit, Transparenz, Kompatibilität bei Kammerwechsel und zur Erhebung anonymisierter Daten im Rahmen der Evaluation der Weiterbildung werden bei der Umsetzung des eLogbuchs berücksichtigt.*

App-Unterstützung im elektronischen Logbuch implementieren

(Drucksache III - 03) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien und in der Arbeitsgruppe IT.

Ergebnis: *Für die Erstellung einer App zur Nutzung des eLogbuchs im Sinne einer Anwendung auf dem Smartphone oder Tablet (Apple/Android) einschließlich einer "Offline"-Dokumentationsfunktion sehen die Weiterbildungsgremien keine Notwendigkeit, da das eLogbuch auch in der Browser-App auf mobilen Geräten funktioniert. Die Programmierung einer eigenständigen App wäre mit hohen finanziellen und personellen Ressourcen verbunden. Der Antrag wird auch in der AG IT beraten.*

Anforderungen an die eLogbuch-Webanwendung

(Drucksache III - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen die Zielsetzung des Beschlusses und werden ihn in die Beratungen zum eLogbuch einbringen. Ein großer Anteil der Anforderungen ist mit dem eLogbuch bereits möglich (Evaluation anhand anonymer Daten, Einsichtsrechte, Mit- und Übernahme von Daten, elektronische Antragstellung). Einzelne Aspekte sollen zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden. Die Nutzung des eLogbuchs zur Evaluation der Weiterbildung ist grundsätzlich möglich und für einen späteren Zeitpunkt geplant. Die Weiterbildungsgremien sehen den Nutzen einer Schnittstelle für die Datenportabilität kritisch, soweit die jeweiligen Programme Dritter bzw. der davon erfassten Daten nicht kompatibel zum eLogbuch sind. Hinsichtlich der Forderung der Antragsteller zur Darstellung der "vierstufigen Kompetenzmatrix" machen die Weiterbildungsgremien darauf aufmerksam, dass das eLogbuch den Vorgaben der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) folgt (vgl. § 2 Abs. 7 Satz 3 MWBO 2018). Die Darstellung der Weiterbildungsinhalte unterscheidet zwischen den beiden Kompetenzen "Kognitive und Methodenkompetenz" und "Handlungskompetenz". Beide Kompetenzen können im eLogbuch mit jeweils zwei Weiterbildungs- bzw. Kompetenzstufen bewertet werden. Auf eine eigenständige Abbildung der einer Handlungskompetenz zugrunde liegenden kognitiven Kompetenz wurde grundsätzlich verzichtet. Eine automatische Berechnung bereits abgeleiteter und noch zu absolvierender Weiterbildungszeiten ist nur in einzelnen Konstellationen technisch möglich. Für einzelne Weiterbildungsinhalte bzw. -blöcke sind keine Zeitvorgaben hinterlegt, sodass diesbezüglich eine Summenbildung nicht möglich ist; das*

entspricht dem Grundgedanken einer kompetenzbasierten Weiterbildungsordnung, die sich maßgeblich auf die Weiterbildungsinhalte fokussiert. Der Wunsch nach einer übersichtlichen Darstellung des Weiterbildungsstandes aller Weiterzubildenden einer Abteilung ist nachvollziehbar; die Möglichkeit der Umsetzung wird in den zuständigen Gremien beraten.

Plausibilitätsprüfungen im eLogbuch optimieren

(Drucksache III - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können den Wunsch automatischer Plausibilitätsprüfungen abgeleiteter Weiterbildungsabschnitte mit den entsprechenden Weiterbildungsbefugnissen sehr gut nachvollziehen und unterstützen diesen. Eine Prüfung der Plausibilität zwischen Weiterbildungsabschnitt und Befugtem – insbesondere bei kammerübergreifenden Weiterbildungsbiografien – setzt eine einheitliche Datenbank voraus, in der die Daten sämtlicher Weiterbildungsbefugter hinterlegt sind. Diese Datenbank ist aktuell nicht verfügbar und soll inhaltlich erörtert werden.*

Schnittstelle für die Datenportabilität für die eLogbuch-Webanwendung erforderlich

(Drucksache III - 06) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen der Antragsteller, dass die Datenübertragbarkeit in und aus der eLogbuch-Anwendung möglich sein soll, gut nachvollziehen. Da die erfassten Daten bezüglich der Weiterbildung und die zugrunde liegenden Softwarelösungen in den jeweiligen Kammern und bei Dritten derzeit heterogen sind, sind Aufwand und Nutzen einer Schnittstelle zur Datenübertragbarkeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Weiterbildung nicht ausgeglichen. Die Einrichtung einer Schnittstelle für Datenportabilität in das bzw. aus der eLogbuch-Webanwendung soll in den Weiterbildungsgremien zu einem späteren Zeitpunkt inhaltlich erörtert werden.*

Änderungsantrag zu III - 06

(Drucksache III - 06a) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien können das Anliegen der Antragsteller, dass die Datenübertragbarkeit in und aus der eLogbuch-Anwendung möglich sein soll, gut nachvollziehen. Da die erfassten Daten bezüglich der Weiterbildung und die zugrunde liegenden Softwarelösungen in den jeweiligen Kammern und bei Dritten derzeit heterogen sind, sind Aufwand und Nutzen einer Schnittstelle zur Datenübertragbarkeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Weiterbildung nicht ausgeglichen. Die Einrichtung einer Schnittstelle für Datenportabilität in das bzw. aus der eLogbuch-Webanwendung soll in den Weiterbildungsgremien zu einem späteren Zeitpunkt inhaltlich erörtert werden.*

Regionale Besonderheiten zulassen

(Drucksache III - 08) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien setzen sich für eine möglichst einheitliche Umsetzung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) ein. Da die Landesärztekammern bei der Umsetzung nicht an die MWBO gebunden sind, sind Abweichungen möglich. Die Firma Steadforce, die die MWBO für das eLogbuch umsetzt, bietet Lösungsmöglichkeiten für kammer-spezifische Regelungen an.*

Evaluation

(Drucksache III - 09) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den Weiterbildungsgremien.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen den Beschluss zur Evaluation der Anwendung des eLogbuchs. Änderungsbedarfe des eLogbuchs sollen kontinuierlich erfasst, beraten und ggf. umgesetzt werden.*



**TOP IV Prozessoptimierung der Satzung der
Bundesärztekammer und Geschäftsordnung der Deutschen
Ärztetage**

Änderung der Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage in der vom 116. Deutschen Ärztetag 2013 beschlossenen Fassung

(Drucksache IV - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Veröffentlichung der Neufassung der Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage in der vom 122. Deutschen Ärztetag 2019 beschlossenen Fassung im Deutschen Ärzteblatt vom 02.09.2019.*

Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 5 Abs. 6)

(Drucksache IV - 03) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 1)

(Drucksache IV - 04) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 5)

(Drucksache IV - 05) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Antrag zur Änderung der Satzung der Bundesärztekammer (§ 4 Abs. 3)

(Drucksache IV - 06) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Ärztetages (§ 7 Abs. 1)

(Drucksache IV - 07) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Antrag betrifft einen vom Vorstandsantrag unabhängigen eigenständigen Antragsgegenstand, der gemäß § 9 Abs. 2 GO DÄT drei Monate vor dem Deutschen Ärztetag bekannt zu machen gewesen wäre. Die Bekanntgabe ist nicht erfolgt. Der Antrag wird bei der nächsten Überarbeitung der Geschäftsordnung in die Beratung eingebracht.*

Änderung des Vorschlages zur Neufassung der Geschäftsordnung, hier: Tagesordnung

(Drucksache IV - 08) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Der Antrag wird bei der nächsten Überarbeitung der Geschäftsordnung in die Beratung eingebracht.*

Satzungsänderung Quorum für außerordentlichen Ärztetag

(Drucksache IV - 09) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Satzung - Frist für einen Antrag auf Abberufung

(Drucksache IV - 10) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Das Anliegen des Antrags hat sich erledigt, weil die Satzung nicht geändert wurde.*

Weiterentwicklung der Satzung der Bundesärztekammer und der Geschäftsordnung der Deutschen Ärztetage

(Drucksache IV - 11) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Struktur des Deutschen Ärztetages beauftragt. Ein Zwischenbericht erfolgt auf dem 123. Deutschen Ärztetag 2020.*

Struktur des Deutschen Ärztetages

(Drucksache IV - 12) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: *Der Vorstand hat eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Struktur des Deutschen Ärztetages beauftragt. Ein Zwischenbericht erfolgt auf dem 123. Deutschen Ärztetag 2020.*